

Niederschrift

über die 10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 26.01.2022 um 17:00 Uhr, im
Bürgertreff (Lortzingstraße 1 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Anabela Barata SPD

stell. Vorsitz

Herr Rudolf Joseph FDP

Ratsmitglieder

Frau Susanne Brandenburg CDU für Claudia Schlottmann

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Peter Groß CDU bis einschl. TOP 3.3

Herr Thomas Grünendahl CDU

Herr Ramon Ludwig Kimmel CDU

Herr Kevin Peter Schneider CDU

Herr Norbert Schreier CDU

Herr Kevin Buchner SPD

Frau Dagmar Hebestreit SPD

Herr Hans-Jürgen Weber SPD

Herr Heinz Albers Bündnis 90/Die Grünen

Herr Norbert Lang Bündnis 90/Die Grünen

Frau Susanne Vogel Bündnis 90/Die Grünen

Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION ab TOP 2

Herr Werner Erbe parteilos

Sachkundige Bürger/innen

Herr Ben Juan Eisenblätter SPD

Herr Yorck-Peter Wolf Bündnis 90/Die Grünen

Herr Bastian Mey AfD

Frau Birgit Behner Allianz für Hilden für Darius Behner, ab TOP 2

Beiräte

Herr Dieter Englich Behindertenbeirat nur öffentl. Teil

Frau Doris Sieberg Seniorenbeirat nur öffentl. Teil

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Frau Birgit Kamer Stadt Hilden

Herr Martin Barnat Stadt Hilden

Herr Daniel Beier Stadt Hilden

Herr Lutz Groll Stadt Hilden

Frau Karin Herzfeld Stadt Hilden

Herr Uwe Schielke Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Mobilitätskonzept für Hilden; WP 20-25 SV 61/062
 1. Vorlage des Entwurfs zum ersten Zwischenbericht "Aufbereitung der Bestandssituation Verkehr"
 2. Freigabe für die nächste Beteiligungsphase
- 3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO
 - 3.1 Wiederherstellung von 11 weggefallenen Stell- bzw. Parkplätzen auf der Hagelkreuzstraße WP 20-25 SV 66/027
 - 3.2 Parkverbote Kreuzung Bogenstraße - Hoffeldstraße WP 20-25 SV 66/028
 - 3.3 Neuaufstellung des Flächennutzungsplans WP 20-25 SV 61/048
- 4 Anträge
 - 4.1 Antrag der CDU vom 27.10.2021: Barrierefreier Übergang am Alten Markt WP 20-25 SV 66/032
 - 4.2 Antrag der FDP vom 28.10.2021; Einrichtung einer "Verkehrskommission Mobilität" WP 20-25 SV 61/057
 - 4.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2021: Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu Radschnellverbindungen aus dem Hildener Süden und Norden in die Stadtmitte WP 20-25 SV 61/059
 - 4.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2021: Erstellung eines Verkehrsmodells als Zusatzmodul zum Mobilitätskonzept (Untersuchung des Durchgangsverkehrs) WP 20-25 SV 61/058
- 5 Angelegenheiten des Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamtes
 - 5.1 Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertes Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses WP 20-25 SV 60/019
- 6 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes
 - 6.1 Antrag auf Änderung des städtebaulichen Entwurfs für den Bebauungsplan Nr. 248, Teilbereich Quittenweg/ Ohligser Weg WP 20-25 SV 61/060
 - 6.2 Bebauungsplan Nr. 106C für einen Bereich zwischen Beethovenstraße und Heinrich-Lersch-Straße: Aufstellungsbeschluss WP 20-25 SV 61/061

- 7 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes
- 7.1 Zusätzliche Grundstückszufahrten für die Nutzung von Wallboxen WP 20-25 SV 66/031
- 8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 9.1 Antrag Fraktion Bürgeraktion vom 26.01.2022:| Einrichtung einer Anwohner-Parkzone in der Hagelkreuzstraße
- 9.2 Antrag SPD-Fraktion vom 26.01.2022:|Anbringung eines Verkehrsspiegels im Bereich Hegel-/Baustraße
- 9.3 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2022:| Niederstraße, Flüsterasphalt
- 9.4 Anfrage Allianz für Hilden vom 26.01.2022:| Förderung energieeffiziente Gebäude

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Rm Barata/SPD eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreterin des Seniorenbeirats und den Vertreter des Behindertenbeirats sowie der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer.

Die Vorsitzende stellte fest, dass die Sitzungsunterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Sie begrüßte Herrn Schielke, den neuen Leiter des Tiefbau- und Grünflächenamtes.

Änderungen zur Tagesordnung

Rm Schneider/CDU beantragte den TOP 7.1 „Zusätzliche Grundstückszufahrten für die Nutzung von Wallboxen, SV 66/031“ von der Tagesordnung abzusetzen. Die CDU habe noch Beratungsbedarf. Eine Beratung solle am 10.08.2022, der ersten Sitzung nach der Sommerpause, erfolgen.

Auf Nachfrage von Rm Buchner/SPD erklärte Herr Beigeordneter Stuhlträger, dass der Zeitraum für einzelne Antragsteller/innen subjektiv zu lang sei. Man müsse jedoch bedenken, dass es sich hier um eine Grundsatzentscheidung handle, die einen Beratungsbedarf innerhalb der Fraktionen bedürfe. Es bestehe natürlich die Möglichkeit, dass eine Verpflichtungsklage eingereicht und so der Zeitdruck erhöht werde. Eine Klage liege aber bisher nicht vor.

Da sich kein Widerspruch ergab, wurde die Sitzungsvorlage von der Tagesordnung abgesetzt. Die Beratung soll in die Sitzung am 10.08.2022 erfolgen.

Einwohnerfragestunde

Die Sitzung wurde um 17:45 Uhr für die Durchführung der Einwohnerfragestunde unterbrochen.

Herr Michael Herzig, Hagelkreuzstraße

Herr Herzig machte deutlich, welche Beeinträchtigung sich durch die Einrichtung der Fahrradstraße „Hagelkreuzstraße“ ergeben haben (Geschwindigkeitsüberschreitungen beim Kfz-Verkehr, Schleichweg nach Solingen, Wegfall von öffentlichen Stellplätzen). Er wollte wissen, warum die neue Fahrradstraße vor Fertigstellung des Mobilitätskonzeptes ohne Fördermittel und mit Wegfall von öffentlichen Stellplätzen eingerichtet worden sei.

Beigeordneter Stuhlträger erläuterte, er wolle der anstehenden Fachdiskussion nicht vorgreifen. Es liege ein Beschluss zum regelkonformen Ausbau älterer Fahrradstraßen vor, der unabhängig vom Mobilitätskonzept durch den zuständigen Stadtentwicklungsausschuss gefasst worden sei. Es sei bedauerlich, dass sich Verkehrsteilnehmer/innen nicht an die Regeln halten.

Herr Herzig wies auf die Beethovenstraße hin. Hier werde der Radweg nicht regelkonform unterhalten. Er sei so verschmutzt, dass er von Radfahrerinnen und Radfahrern nicht genutzt werde. Er verdeutlichte dies durch ein Foto.

Beigeordneter Stuhlträger erklärte, dass es sich hier um einen ehemaligen Radweg handele. Da dieser nicht mehr den Anforderungen entspricht, sei durch die Beschilderung die Aufhebung erfolgt. Die Fläche sei nun Teil des Gehweges, der von den Anliegern zu reinigen sei.

Herr Herzig wollte abschließend wissen, warum nicht unterbunden worden sei, dass die Hagelkreuzstraße als Durchgangsstraße genutzt werde.

Beigeordneter Stuhlträger stellte klar, dass die Straße als Anliegerstraße ausgeschildert sei und eine Nutzung durch alle Personen erfolgen könne, die ein Anliegen in der Hagelkreuzstraße haben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde um 17:57 Uhr geschlossen und die Sitzung wiederaufgenommen.

1 Befangenheitserklärungen

- keine -

- 2 Mobilitätskonzept für Hilden;
1. Vorlage des Entwurfs zum ersten Zwischenbericht "Aufbereitung der Bestandssituation Verkehr"
2. Freigabe für die nächste Beteiligungsphase
-

WP 20-25 SV 61/062

Die Vorsitzende begrüßte die Herren Stuhm und Bruhn, Büro stadVerkehr, die den Entwurf zum ersten Zwischenbericht „Aufbereitung der Bestandssituation Verkehr“ für das Mobilitätskonzept im Rahmen einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) vorstellten.

Rm Brandenburg/CDU hielt es für erforderlich, die konkreten Fahrgastzahlen im ÖPNV für die weitere Planung zu erfragen.

Herr Stuhm bestätigte, dass die Zahlen beim VRR zu gegebener Zeit erfragt werden. Die Priorität in dieser Phase liege darauf, die Erschließungslücken, Reisezeiten und die Anzahl der notwendi-

gen Wechsel der Verkehrsmittel zu ermitteln.

Rm Hebestreit/SPD meinte, dass die Walder Straße von Radfahrerinnen und Radfahrern weniger häufig genutzt werde als die Straße Kalstert.

Herr Stuhm machte darauf aufmerksam, dass die Nebenstraßen häufig auf Knotenpunkte stoßen, die die Reisezeiten verlängern und daher nicht so gut angenommen werden. Ziel der Untersuchung sei zunächst das Hauptverkehrsnetz.

Beigeordneter Stuhlträger machte deutlich, dass es bei dem vorliegenden Bericht lediglich um die Datenbasis gehe. Welche Maßnahmen gewünscht bzw. erforderlich seien, werde erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Erstellung des Leitbildes festgelegt.

In der weiteren Diskussion, an der sich die Rm Joseph/FDP und Reffgen/BA beteiligten, wurde nach den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die ermittelten Zahlen und im Hinblick auf den ruhenden Verkehr, auf die Schließung der Tiefgarage Nove-Mesto-Platz, gefragt.

Herr Stuhm informierte, dass die Zählungen im Bereich des ruhenden Verkehrs erst nach Schließung der Tiefgarage erfolgt sei. Die Belastung der Nebenstraße könne sich nach Öffnung wieder verbessern. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie durch Homeoffice und Wechsel vom ÖPNV auf MIV können derzeit nicht konkret abgeschätzt werden.

Sachkundiger Bürger Eisenblätter /SPD erkundigte sich nach der Erschließungsfunktion des ÖPNV in der Nacht sowie Darstellung der Nahversorgungszentrum.

Auf Nachfrage von Rm Albers/Grüne erläuterte Herr Groll, dass die Werbung für die Stadtkonferenz in der üblichen Weise erfolge (Homepage der Stadt Hilden, Zeitung, Facebook und Werbeaufsteller in der Mittelstraße). Die Veranstaltung werde in der Stadthalle durchgeführt. Man rechne mit 100 bis 150 interessierten Personen.

Herr Bruhn ergänzte, dass das Büro stadtVerkehr in Kürze eine Projekt-Homepage erstellen werde, so dass sich Interessierte jederzeit - auch über Veranstaltungen - informieren können.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Entwurf zum ersten Zwischenbericht „Aufbereitung der Bestandssituation Verkehr“ zustimmend zur Kenntnis und gibt ihn für die Verwendung in der nächsten Beteiligungsphase frei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO

3.1 Wiederherstellung von 11 weggefallenen Stell- bzw. Parkplätzen auf der Hagelkreuzstraße WP 20-25 SV 66/027

Rm Reffgen/BA erklärte, der Wegfall von 9 öffentlichen Stellplätzen in der kleinen Straße sei beträchtlich. Hier müsse man nach Lösungen suchen, damit der Zielkonflikt zwischen regelkonformen Ausbau der Fahrradstraße und dem ruhenden Verkehr gelöst werde. Eine Möglichkeit sei die Schaffung von Anwohnerparkzonen. Ein entsprechender Antrag werde eingereicht. Die bisherige stringente Regelung, Anwohnerparkzonen nur im Stadtkern auszuweisen, müsse überdacht werden. Dies würde auch zu einer generellen Beruhigung führen, da der Park-Such-Verkehr nicht mehr statfinde.

Herr Groll bat um Klarstellung, ob bei dem Antrag auf Einrichtung einer Anwohnerparkzone der Entfall der 9 Stellplätze beibehalten wird. Dies wurde von Rm Reffgen/BA bestätigt.

Die Vorsitzende erklärte, dass über den Antrag entsprechend der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses beraten werde.

Die Rm Schreier/CDU, Albers/Grüne und Buchner/SPD sprachen sich für ihre Fraktionen für die Ablehnung des Bürgerantrags aus, weil

- keine Möglichkeit zur Herstellung der 9 Stellplätze vorhanden ist,
- der regelkonforme Ausbau und damit mehr Platz für Fahrradfahrer/innen gewünscht ist,
- andere Parkmöglichkeiten vorhanden sind (Lindenplatz, TG Südstraße),
- Vorrang für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen gewährt werden soll.

Die Regelverstöße sollen kontrolliert werden.

Rm Joseph/FDP meinte, dass der vorgesehene Antrag der Fraktion Bürgeraktion auf den ersten Blick charmant sei, den Gewerbetreibenden aber nicht helfe, weil dann keine Parkplätze für Kundinnen und Kunden vorhanden seien.

Herr Erbe/fraktionslos erläuterte, dass die Einrichtung der Fahrradstraße zwei Fehler beinhalte, einerseits sei sie vor Abschluss des Mobilitätskonzepts eingerichtet worden andererseits schädige sie die Anwohner. Die Stadt solle Engpässe im Verkehrsnetz auflösen um Schleichwege zu vermeiden.

Rm Reffgen/BA stellte den Antrag, die Entscheidung über den Bürgerantrag zu vertagen und in der kommenden Sitzung den Bürgerantrag und den Antrag der Fraktion Bürgeraktion gemeinsam zu beraten.

Rm Buchner/SPD sprach sich für eine Abstimmung über den Bürgerantrag aus, da sich aus der Aussprache ein eindeutiges Votum ergeben habe.

Abstimmungsergebnis für den Vertagungsantrag:

Mehrheitlich abgelehnt

4 Ja-Stimmen (FDP, Bürgeraktion, Allianz für Hilden, H. Erbe)
17 Nein-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD)

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung über den Bürgerantrag auf.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Die Bürgeranträge vom 08.09.2021 bzw. 10.09.2021 werden zur fachlichen Bewertung und Entscheidung an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen.

Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Antragstext für den Stadtentwicklungsausschuss:

Ich (Wir) beantragen die Wiederherstellung der, wegen der Neueinrichtung der Hagelkreuzstraße als Fahrradstraße, weggefallenen 11 Stell- bzw. Parkplätze, oder die Unterbreitung eines Alternativvorschlages, um die Parksituation für die Anwohner auf der Hagelkreuzstraße zu entschärfen.

Abstimmungsergebnis des Stadtentwicklungsausschusses:

Mehrheitlich abgelehnt

2 Ja-Stimmen (FDP, H. Erbe)
18 Nein-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, Allianz für Hilden)
1 Enthaltung (Bürgeraktion)

Aus der Diskussion, an der sich die Rm Albers/Grüne, Buchner/SPD, Erbe/fraktionslos, Schneider/CDU, Joseph/FDP, Reffgen/BA und sachk. Bürger Eisenblätter/SPD beteiligten, ist festzuhalten, dass den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses die verkehrliche Situation im Bereich des Sportplatzes Hoffeldstraße seit Jahren hinlänglich bekannt ist. Weitere Beschilderungen, Markierungen oder Pforten sollten entsprechend der Empfehlung der Verwaltung nicht errichtet werden, da alle baulichen Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind.

Die Verwaltung erhielt den Auftrag, Kontakt mit dem VfB aufzunehmen und folgende Lösungsmöglichkeiten zu besprechen, damit sich die Situation für die Anlieger/innen verbessert:

- Einsatz von Verkehrskadetten
- Aufstellung von Absperrkegeln in den Einfahrten (analog Trödelmarkt Selgros)
- Verzicht auf die Grünanlage im Parkplatzbereich zur Schaffung von ca. 3 Stellplätzen
- Einsatz von Shuttlebussen für Besucher/innen von den Gastmannschaften (Abfahrt Lindenplatz)
- Nutzung von Parkplätzen des ev. Schulzentrums

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Der Bürgerantrag wird zur fachlichen Bewertung und Entscheidung an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen.

Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Antragstext für den Stadtentwicklungsausschuss:

Hiermit stelle ich den Antrag, gemäß § 24 GO NRW dafür Sorge zu tragen, dass die Ausfahrten der Anwohner, Kreuzung Bogenstraße / Hoffeldstraße die Übergänge für behinderte und viel mehr sehbehinderte Menschen kompromisslos zu sichern. Dazu gehört es, Parkverbote und Regeln einer von der Stadt geplanten behinderten gerechten Kreuzung durch bauliche Maßnahmen zusätzlich zu sichern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig abgelehnt mit 3 Enthaltungen (FDP, Bürgeraktion, Herr Erbe)

Rm Albers/Grüne, Rm Joseph/FDP, Rm Reffgen/BA und sachk. Bürgerin Behner/Allianz sprachen sich für ihre Fraktionen für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans aus. Nach 30 Jahre sei eine Neubewertung in ganzheitlicher Form erforderlich. Der fachlich und inhaltlichen nachvollziehbaren Argumentation könne gefolgt werden.

Die Rm Schneider/CDU und Buchner/SPD sahen für ihre Fraktionen keinen Handlungsbedarf. Der Flächennutzungsplan sei 2015 überprüft worden. Eine Neuaufstellung sei nicht das erste Mittel für die Klimapolitik und Klimaanpassungsmaßnahmen. Nach einem Kosten-Nutzen-Vergleich müsse der Bürgerantrag abgelehnt werden.

Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:

Der Bürgerantrag vom 08.08.2021 wird zur fachlichen Bewertung und Entscheidung an den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen.

Eine Empfehlung hierzu spricht der Hauptausschuss nicht aus.

Antragstext für den Stadtentwicklungsausschuss:

Der Stadtentwicklungsausschuss und der Rat der Stadt Hilden möge ein Verfahren zur Neuaufstellung eines Flächennutzungsplanes (FNP) für die Stadt Hilden beschließen.

Abstimmungsergebnis des Stadtentwicklungsausschusses:

Mehrheitlich abgelehnt mit

- 9 Ja-Stimmen (Bündnis90/Die Grünen, FDP, AfD, Bürgeraktion, Allianz für Hilden, Herr Erbe)
- 12 Nein-Stimmen (CDU, SPD)

Rm Groß nahm nicht weiter an der Beratung teil.

4 Anträge

- 4.1 Antrag der CDU vom 27.10.2021: Barrierefreier Übergang am Alten Markt WP 20-25 SV 66/032
-

Rm Gartmann/CDU erklärte für seine Fraktion, dass der vorliegende Antrag wie folgt modifiziert werde:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Ämtern 32 (Ordnungsamt), 37 (Feuerwehr) und 66 (Tiefbau- und Grünflächenamt) im Frühjahr 2022 einen Bereich (einen Korridor) festzulegen und entsprechend zu markieren, der sowohl das barrierefreie Erreichen des Marktplatzes als auch die Befahrbarkeit dieses Bereiches mit Lösch- und Rettungsfahrzeugen dauerhaft gewährleisten soll.

Herr Englich, Vertreter des Behindertenbeirats, führte aus, dass Menschen mit Handicap, die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen seien, täglich auf Schwierigkeiten stoßen. Das auf die Anlegung einer Rampe verzichtet werde, sei verständlich. Er habe jedoch zwei Alternativvorschläge. Zum einen käme die Herstellung einer kleinen Mulde in Betracht (die techn. Ausführung wurde ausführlich erläutert), zum anderen bestehe die Möglichkeit, das Pflaster der Mittelstraße entsprechend anzuheben und die Fläche mit Blumenkübeln einzugrenzen.

Beigeordneter Stuhlträger schlug vor, dass die Verwaltung die Vorschläge prüfe und die Sitzungsvorlage mit dem Prüfungsergebnis zu ergänzen. Die Sitzungsvorlage könne dann in der Sitzung am 11.05.2022 erneut zur Beratung vorgelegt werden.

Der Vorschlag fand Zustimmung.

Antragstext:

~~Die CDU bittet die Verwaltung zu prüfen, wie durch eine Rampe in der Nähe des Fabry Denkmals eine Möglichkeit geschaffen werden kann, einen barrierefreien Übergang zwischen Altem Markt und Mittelstraße zu schaffen.~~

Modifizierter Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Ämtern 32 (Ordnungsamt), 37 (Feuerwehr) und 66 (Tiefbau- und Grünflächenamt) im Frühjahr 2022 einen Bereich (einen Korridor) festzulegen und entsprechend zu markieren, der sowohl das barrierefreie Erreichen des Marktplatzes als auch die Befahrbarkeit dieses Bereiches mit Lösch- und Rettungsfahrzeugen dauerhaft gewährleisten soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig vertagt in die Sitzung am 11.05.2022

Rm Joseph/FDP erklärte für seine Fraktion, dass der Antrag zurückgezogen werde, da im Rahmen der Erstellung des Mobilitätskonzeptes in der Beteiligungsphase ein Beirat gebildet werde. Evtl. erfolge ein neuer Antrag in diesem Zusammenhang.

Antragstext:

Der Rat der Stadt Hilden wird gebeten wie folgt zu beschließen:

1. Die Verwaltung richtet eine „Verkehrskommission Mobilität“ ein, die zusätzlich zum Stadtentwicklungsausschuss die Entwicklung des für Hilden beschlossenen Mobilitätskonzeptes in den nächsten Jahren begleitet.
2. Die Kommission setzt sich aus jeweils einem fachkundigen Vertreter der einzelnen Fraktionen, z.B. dem verkehrspolitischen Sprecher/Experten, sowie Vertretern der Verwaltung zusammen.
Ggf. ist ein Vertreter des beauftragten Ingenieurbüros „büro stadtVerkehr“ miteinzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:
zurückgezogen

Rm Joseph/FDP führte aus, dass die Richrather Straße in der 2. Jahreshälfte durch den Landesbetrieb Straßen kernsaniert werden solle. Er erkundigte sich, ob auch nach der Sanierung die Möglichkeit bestehe, Radwege einzurichten.

Beigeordneter Stuhlträger bestätigte, dass die techn. Möglichkeit jederzeit bestehe und er davon ausgehe, dass auch eine Umsetzung sehr sicher sei.

Rm Joseph/FDP modifizierte daraufhin den Antrag der FDP-Fraktion, dass die Mittelbereitstellung in den Jahren 2023 und 2024 erfolgen solle.

Rm Albers/Grüne gab zu Bedenken, dass bei positiver Beschlussfassung eine Festlegung auf die Richrather Straße und die Gerresheimer Straße erfolge. Eine abschließende Entscheidung über die Streckenführung sei noch nicht erfolgt.

Rm Buchner/SPD vertrat für seine Fraktion die Auffassung, dass Ortskundige die Parallelrouten über die Hofstraße bzw. St. Konrad-Allee statt der Richrather Straße bevorzugen. Eine Machbarkeitsstudie, die von den Ortskundigen nicht genutzt werde, sei nicht sinnvoll. Man solle die Ergebnisse des Mobilitätskonzeptes abwarten.

Rm Schneider/CDU wies daraufhin, dass im Rahmen einer Machbarkeitsstudie eine Prüfung erfolge und Vorschläge zur Umsetzung unterbreitet werden. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Auch Rm Reffgen/BA wies auf das Mobilitätskonzept hin. In Phase C werden konkrete Vorschläge erwartet. Eine ganzheitliche Betrachtung sei erforderlich.

Beigeordneter Stuhlträger informierte, dass die Streckenführung im Radverkehrsplan des Kreises Mettmann vorgeschlagen werde. Das Mobilitätskonzept gehe nicht ins Detail und könne als Maßnahme die Erstellung einer Machbarkeitsstudie enthalten. Eine Machbarkeitsstudie gehe mehr ins Detail als ein Maßnahmenvorschlag.

Sach. Bürgerin Behner/Allianz signalisierte für ihre Fraktion Zustimmung. Im Rahmen der Haushaltsplanung könne man die Mittel - wenn erforderlich - zurücknehmen.

Modifizierter Antragstext:

Machbarkeitsstudie der Radschnellverbindungen vom Hildener Süden (Richrather Straße) zur Stadtmitte und von der Stadtmitte in den Hildener Norden (Gerresheimer Straße).
Straße).

Dabei soll untersucht werden, in welcher Ausführung die beiden genannten Verbindungen zu sicheren Radverkehrsverbindungen ausgebaut werden können. Wichtig hierbei ist, dass alle Verkehrsteilnehmer ihre Berücksichtigung finden.

Bereitstellung von 15.000 EUR in ~~2022~~ **2023** und 15.000 EUR in ~~2023~~ **2024**.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit

14	Ja-Stimmen	(CDU, Bündnis90/Die Grünen, FDP, AfD, Allianz für Hilden, H. Erbe)
5	Nein-Stimmen	(SPD)
1	Enthaltung	(Bürgeraktion)

4.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 10.11.2021: WP 20-25 SV 61/058
Erstellung eines Verkehrsmodells als Zusatzmodul zum Mobilitätskonzept (Untersuchung des Durchgangsverkehrs)

Rm Joseph/FDP bat die Vertreter des Büros Stadtverkehr die Vorteile eines Verkehrsmodells darzustellen.

Rm Buchner/SPD meinte, dass das Leitziel noch nicht erstellt sei. Ihn interessierte, wann der richtige Zeitpunkt für die Erstellung eines Verkehrsmodells sei.

Herr Stuhm erläuterte ausführlich, wie ein Verkehrsmodell erstellt und welche Vorteile es bringen könnte. Die Erstellung sei sinnvoll, wenn man weiß, welche Ziele bei potentiellen Netzänderungen festgelegt worden seien, damit die Verlagerung der Verkehre abgeschätzt werden könne. Die Anzahl der Planfälle, die man untersuchen möchte, müssen ebenfalls erarbeitet werden. Mit einem Verkehrsmodell könne die Bündelung von Maßnahmen bewertet werden. Erst wenn man weiß, welche Netzänderungen man will, sei ein solches Modell sinnvoll.

Rm Reffgen/BA schloss aus diesen Informationen, dass erst nach Erstellung des Leitbildes der Zeitpunkt gekommen sei, um eine Entscheidung zu treffen.

Rm Joseph/FDP fragte nach dem Zeitpunkt für die Erhebung der Daten, die dem Aufbau eines Verkehrsmodells dienen.

Herr Stuhm erklärte, dass Verkehrszellen mit Strukturdaten und Mobilitätsdaten gebildet und auf dieser Basis Simulationen durchgeführt werden. Es dauere 8 bis 9 Monate um das Modell auf Basis der heutigen Zahlen aufzubauen und zu kalibrieren.

Rm Schneider/CDU beantragte für seine Fraktion die Änderung des Antragstextes der FDP-Fraktion zur Erstellung eines Verkehrsmodells als Zusatzmodul zum Mobilitätskonzept (Untersuchung des Durchgangsverkehrs):

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Umständen und finanziellen Auswirkungen die Stadt Düsseldorf, die ein solches Programm zur Verfügung stehen hat, bereits ist, in ihrem Verkehrsmodell auch das Stadtgebiet von Hilden aufzunehmen und Simulationen von potentiellen Verkehrsströmen für Maßnahmen der Stadt Hilden zu berechnen.

Begründung des Antrages:

Seit Jahren arbeitet die Stadt Ratingen mit der Stadt Düsseldorf an vielen Verkehrsmodellen zusammen, wie zum Beispiel der Rad-Schnellwegeverbindung oder der Verkehrsentwicklungsplan für den Stadtteil Ratingen-Lintorf. Die Verkehrsströme sind in vielen Fällen von der Verkehrssituation in Düsseldorf abhängig. Daher macht es in den Augen der CDU-Fraktion Sinn, das Verkehrsmodell regional zu betrachten. Aus genau diesem Grund geht die Stadt Ratingen diesen Weg der Zusammenarbeit mit der Stadt Düsseldorf.

Rm Buchner/SPD signalisierte für seine Fraktion Zustimmung zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Antrag der FDP Fraktion finde keine Zustimmung, da das Mobilitätskonzept zunächst weitergeführt werden müsse.

Rm Albers/Grüne erkundigte sich, ob in einem Verkehrsmodell auch der Durchgangsverkehr ermittelt und dargestellt werden könne.

Dies wurde von Herrn Stuhm bestätigt. Er erläuterte ausführlich die Voraussetzungen.

Rm Joseph/FDP zog für die FDP-Fraktion den Antrag zurück und schloss sich dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion an. Mittel könnten zur Haushaltsplanung 2023 beantragt werden.

Antragstext:

Erstellung eines Verkehrsmodells als Zusatzmodul zum Mobilitätskonzept
(Untersuchung des Durchgangsverkehrs):
Bereitstellung von 20.000 Euro in 2022 und 20.000 Euro in 2023.

Abstimmung:

Antrag zurückgezogen

Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Umständen und finanziellen Auswirkungen die Stadt Düsseldorf, die ein solches Programm zur Verfügung stehen hat, in ihrem Verkehrsmodell auch das Stadtgebiet von Hilden aufzunehmen und Simulationen von potentiellen Verkehrsströmen für Maßnahmen der Stadt Hilden zu berechnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5 **Angelegenheiten des Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamtes**

5.1 **Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiierter Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses**

WP 20-25 SV 60/019

Ohne Diskussion nahm der Stadtentwicklungsausschuss den Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiierter Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses zur Kenntnis.

6.1	Antrag auf Änderung des städtebaulichen Entwurfs für den Bebauungsplan Nr. 248, Teilbereich Quittenweg/ Ohligser Weg	WP 20-25 SV 61/060
-----	--	-----------------------

Aus der Diskussion, an der sich die Rm Schneider/CDU, Buchner/SPD, Albers/Grüne und Reffgen/BA beteiligten, bleibt festzuhalten, dass der Antrag keine Zustimmung wegen der hohen Versiegelung des Innenbereichs fand.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss lehnt den Antrag auf Änderung der Grundstücksbebauung Ohligser Weg 22 und entsprechende Berücksichtigung im Bebauungsplan Nr. 248 ab.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen mit

18	Ja-Stimmen	(CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, Bürgeraktion, Allianz für Hil-
		den)
1	Nein-Stimme	(FDP)
1	Enthaltung	(H. Erbe)

6.2	Bebauungsplan Nr. 106C für einen Bereich zwischen Beethovenstraße und Heinrich-Lersch-Straße: Aufstellungsbeschluss	WP 20-25 SV 61/061
-----	--	--------------------

Aus der Diskussion bleibt festzuhalten, dass der Bebauungsvorschlag nicht überzeugen konnte. Die Rm Gartmann/CDU, Schneider/CDU, Vogel/Grüne und sachk. Bürgerin Behner/Allianz sprachen sich für ihre Fraktionen aus den nachfolgenden Gründen gegen einen Aufstellungsbeschluss aus:

- zu dichte Bebauung
- Wunsch nach einem Regenrückhaltebecken unter Berücksichtigung der vorhandenen Mulde in der Starkregenkarte
- Erhalt der Freifläche, ggfs. als Obstwiese
- Wegfall des Kaltluftentstehungsgebietes für die Umgebung.

Dagegen erklärten die Rm Buchner/SPD und Reffgen/BA für ihre Fraktionen, dass einem Aufstellungsbeschluss zugestimmt wird und im Aufstellungsverfahren der Entwurf zu ändern sei. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens muss das Maß der Versiegelung, die Zufahrt, das benachbarte Gewerbegebiet und die dichte Bebauung kritisch begleitet werden. Der Wunsch nach einem Regenrückhaltebecken muss mit dem Investor besprochen werden. Die jetzige Zustimmung stellt keine Zustimmung für einen künftigen Satzungsbeschluss dar. Das Verfahren wird ergebnisoffen durchgeführt.

Rm Joseph sprach sich für die FDP-Fraktion für einen Aufstellungsbeschluss aus. Die Reduzierung der Gebäudeanzahl wirke sich negativ auf die Kaufpreisgestaltung aus. 7 Häuser sollen preisgedämpft angeboten werden. Dies stelle eine Möglichkeit zum Grunderwerb für junge Familien dar.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 106C für einen Bereich zwischen Gerresheimer Straße und Heinrich-Lersch-Straße als Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) Nr. 24 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) in Verbindung mit § 12 BauGB, in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147).

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Hilden-Nord westlich der Gerresheimer Straße. Es umfasst die Flurstücke 721 und 765 in Flur 10 der Gemarkung Hilden.
Die Plangebietsgröße beträgt ca. 0,7 ha.

Ziel des Bebauungsplanes Nr. 106C ist es, im Plangebiet eine aus Reihenhäusern bestehende Wohnbebauung mit einer gemeinsamen Tiefgarage und einer Erschließungsstraße mit Wendeanlage zu ermöglichen. Dabei sollen auch Klimaschutzaspekte Berücksichtigung finden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit

- 8 Ja-Stimmen (SPD, FDP, Bürgeraktion, H. Erbe)
- 12 Nein-Stimme (CDU, Bündnis 90/Die Grünen, AfD, Allianz für Hilden)

7 Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes

7.1 Zusätzliche Grundstückszufahrten für die Nutzung von Wallboxen WP 20-25 SV 66/031

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

8 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Herr Barnat informierte, dass die Stadt Hilden am 12.01.2022 an einer Videokonferenz teilgenommen habe, in der im Rahmen der Unverträglichkeitsuntersuchung eine Auswirkungsprognose und ein Variantenvergleich zum 8-streifigen Ausbau der A3 vorgestellt worden seien. Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sei eine Stellungnahme der Stadt Hilden bis zum 26.01.2022 angefordert worden. Eine Fristverlängerung sei beantragt worden, damit der Stadtentwicklungsausschuss beteiligt werden kann. Der Entwurf Stellungnahme werde in der nächsten Sitzung vorgelegt.

9 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

9.1 Antrag Fraktion Bürgeraktion vom 26.01.2022:| Einrichtung einer Anwohner-Parkzone in der Hagelkreuzstraße

Herr Reffgen verlas folgenden Antrag (Ankündigung unter TOP Ö3.1 - Anregung/Beschwerde nach § 24 GO NRW)

Im Sinne des vom Antragsteller optional geforderten Alternativvorschlags unterbreiten wir folgenden Beschluss-Vorschlag:

Einrichtung einer Anwohner-Parkzone in der Hagelkreuzstraße

Bedingt durch den Wegfall eines beträchtlichen Teils der Parkplätze in der Hagelkreuzstraße beantragen wir dort die Einrichtung einer Anwohner-Parkzone.

Begründung

Im Hinblick auf die Einrichtung von Fahrradstraßen im innenstadtnahen Bereich ist die Ausweisung von Anwohner-Parkzonen neu zu bewerten. Die Einhaltung von Mindeststandards bei der Ausweisung von Fahrradstraßen verschärft die Parkraum-Situation im dicht

bebauten Innenstadtbereich immens.

Da der Zielkonflikt hinsichtlich der Sicherheitserfordernisse für eine Fahrradstraße einerseits und den Parkraum-Bedürfnissen der Anwohner andererseits nicht anders gelöst werden kann, muss versucht werden, den äußerst begrenzten Parkraum den Anwohnern vorzubehalten. Umso mehr, als die Hagelkreuzstraße von City-Besuchern gerne zum kostengünstigen Abstellen von Fahrzeugen genutzt wird, die damit in Konkurrenz zu den Bedürfnissen der Anlieger treten und den Parkraumdruck zusätzlich erhöhen.

Die Beschränkung der Parkmöglichkeiten auf Anwohner könnte auch den Park-Suchverkehr in der Straße reduzieren helfen und damit ganz allgemein einen Beitrag zur Verkehrsberuhigung leisten.

Im Hinblick auf die Genehmigung neuer Nutzungen könnte eine kommunale Stellplatz-Satzung helfen, die angespannte Situation zu entschärfen. Leider liegt diese von uns seit langem geforderte Stellplatz-Satzung noch immer nicht vor.

9.2 Antrag SPD-Fraktion vom 26.01.2022:|Anbringung eines Verkehrsspiegels im Bereich Hegel-/Baustraße

Herr Buchner verlas für die Fraktion der SPD folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Unterstützung von Abbiegesituationen von der Hegelstraße auf die Baustraße die Errichtung eines Verkehrsspiegels auf der Baustraße vorzunehmen.

BEGRÜNDUNG:

Anwohnerinnen und Anwohner der Hegelstraße haben die SPD-Fraktion auf die schwierige Abbiegesituation auf die Baustraße aufmerksam gemacht, da die Baustraße durch parkende Autos nicht gut einsehbar ist. Auch wenn bisher keine Unfallhäufigkeit vorhanden ist, würden die Anwohnerinnen und Anwohner zur Unterstützung von Abbiegesituationen die Installation eines Verkehrsspiegels begrüßen. Hiermit beantragt die SPD Fraktion, dieses Anliegen umzusetzen.

9.3 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.01.2022:| Niedenstraße, Flüsterasphalt

Herr Albers verlas für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen folgenden Antrag:

der südliche Abschnitt der Niedenstraße soll 2022 eine Fahrbahnerneuerung erhalten. Die Fraktion B 90/ Die Grünen beantragt die Prüfung des Einbaus von Flüsterasphalt oder lärmoptimierten Asphalt zur Reduzierung der Lärmemissionen.

Begründung:

Die Verwaltung möge prüfen, ob im Rahmen der Fahrbahnerneuerung südliche Niedenstraße im

Jahr 2022 Flüsterasphalt oder Lärmoptimierter Asphalt eingebaut werden kann.

Die Niedenstraße ist durch den LKW und KFZ-Verkehr stark belastet.

Die Materialien würden deutlich zu einer Lärmreduktion beitragen

9.4 Anfrage Allianz für Hilden vom 26.01.2022:| Förderung energieeffiziente Gebäude

Frau Behner stellte für die Fraktion Allianz für Hilden die folgende Anfrage:

Die Bundesregierung hat die Förderung von sogenannten Effizienzhäusern und der energetischen Sanierung ab sofort gestoppt und plant eine grundlegende Reform.

Sind von diesem Stopp städtische Bauprojekte bzw. Sanierungen betroffen?

Wir bitten die kurz- und mittelfristigen Folgen für die Stadt Hilden darzustellen.

Ende der Sitzung: 20:41 Uhr

Anabela Barata / Datum
Vorsitzende

Birgit Kamer / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter